



## Einladung

zur

### 50. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Tiefbau und Ordnung in der XX. Wahlperiode

**Dienstag, 15.06.2021, 18:30 Uhr**

Videositzung

Telefonnr.: 030 5679 5800 Meeting-ID: 838 6031 8800 Kenncode: 458081  
<https://us02web.zoom.us/j/83860318800?pwd=RGVxODdNYkRGb2xxVWp4TmdlbExyUT09>

## Tagesordnung

TOP	Drs.Nr.	Initiator	Gegenstand der Beratung
1			Begrüßung und Annahme der Tagesordnung
2			Feststellung der Anwesenheit
3			Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Parkraumbewirtschaftung
4	2304/XX	AfD-Neukölln (Kapitän, Jörg)	Haltestelle umbenennen
5	2266/XX	Gr. FDP (Leppek, Roland)	Aktionsplan gegen Vermüllung
6			vertagte Drucksachen aus der 49. Sitzung
7			Mitteilungen der Verwaltung
8			Verschiedenes
9			Nächste Sitzung am 11. August 2021

Marko Preuß  
Vorsitzender des Ausschusses



**Drucksachen  
der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin  
XX. Wahlperiode**

Ursprung: Antrag  
Ursprungsinitiator: AfD-Neukölln, Kapitän, Jörg

**Drs. Nr.: 2304/XX**  
**TOP Nr.: 4**

Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
19.05.2021	BVV	BVV/59/XX	
26.05.2021	BVV	BVV/59F/XX	überwiesen
27.05.2021	VTO	VTO/48/XX	vertagt
15.06.2021	VTO	VTO/50/XX	

## Antrag

### Haltestelle umbenennen

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt Neukölln wird gebeten, sich bei der BVG und anderen zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Bushaltestelle „Riesestraße“, welche zur Zeit von der Buslinie 170 (Baumschulenstr./Fähre - S+U Rathaus Steglitz) bedient wird, in „Standesamt Neukölln“ umbenannt wird.

Begründung: Haltestellen benötigen markante Namen. Als erstes empfehlen sich bekannte Institutionen, danach empfiehlt sich ein markanter Platz. Ist auch dieser nicht vorhanden, werden Straßennamen benutzt, oft auch mit der Nennung einer Querstraße. Bei der Bushaltestelle Riesestraße hat man aus unerklärlichen Gründen auf die Erwähnung der Straße, in der sich die Bushaltestelle befindet, verzichtet. Warum die Haltestelle nicht nach der Institution benannt wurde, wegen der sich dort die Bushaltestelle befindet, ist nicht nachvollziehbar. Einst befand sich in diesem Gebäude das Britzer Krankenhaus und heute das Neuköllner Standesamt. Diese Behörden wurden in Preußen 1874 eingeführt und dienen zur Erledigung der im Personenstandsgesetz vorgesehenen Aufgaben. Solch ein markantes Gebäude mit seiner für einen Staat wichtige Institution, hat es verdient, dass man die vor seiner Pforte gelegene Bushaltestelle nach ihr benennt. Außerdem dient dieser Name zur Orientierung, da es ein bekanntes Gebäude in Neukölln ist.

Berlin-Neukölln, den 11.05.2021

AfD-Neukölln, Herr Kapitän, Jörg

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

#### Abstimmungsverhalten:

	SPD	CDU	Grüne	LINKE	AfD-NK	Gr.FDP	Damerau	Piehl
<b>JA</b>	<input type="checkbox"/>							
<b>NEIN</b>	<input type="checkbox"/>							
<b>ENTH.</b>	<input type="checkbox"/>							

#### Ergebnis:

- Einstimmig**
- beschlossen mit Änderung  Kenntnis genommen  abgelehnt  gewählt
- zurückgezogen  vertagt  gegenstandslos
- überwiesen in den Ausschuss für \_\_\_\_\_ (federführend)
- zusätzlich in den Ausschuss für \_\_\_\_\_
- und in den Ausschuss für \_\_\_\_\_
- beantwortet  schriftlich
- BzBm/FinWi  BiSchuKuSport  JugGes  StadtSozBüD  UmNat



# Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XX. Wahlperiode

Ursprung: Antrag  
Ursprungsinitiator: Gr. FDP, Leppek, Roland

Drs. Nr.: 2266/XX  
TOP Nr.: 5

Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
28.04.2021	BVV	BVV/58/XX	überwiesen
10.06.2021	Grün	Grün/18/XX	
15.06.2021	VTO	VTO/50/XX	

## Antrag

### Aktionsplan gegen Vermüllung

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, einen Aktionsplan gegen die Vermüllung des öffentlichen Raumes in Neukölln zu entwickeln und umzusetzen. Dabei sollen unter anderem folgende Maßnahmen berücksichtigt werden:

- Der Kontrolldruck durch das Ordnungsamt muss erhöht werden. Um dies zu ermöglichen, muss eine entsprechende Aufgabenpriorisierung vorgenommen, das Personal erhöht und die Arbeitszeiten erweitert werden.
- Das Bezirksamt möge sich bei BSR bzw. Senat dafür einsetzen, dass wieder regelmäßige und kostenlose Sperrmüllabfahren eingeführt werden.
- Die Intervalle der Straßen- und Grünanlagenreinigung müssen verkürzt werden.
- Das Bezirksamt muss seine eigenen Grundstücke und Grünanlagen in einen ordentlichen Zustand versetzen, der von den Besucherinnen und Besuchern wertgeschätzt und respektiert wird.
- Der Aspekt der Müll-Prävention soll weiter berücksichtigt werden. Die einzelnen Maßnahmen der Kampagne „Schön wie wir“ sind deshalb zu evaluieren und ggf. durch effektive Maßnahmen zu ersetzen.

Begründung: Neukölln könnte noch viel schöner sein, wenn die Straßen und Grünanlagen nicht so vermüllt wären.

Regelmäßig fällt Neukölln in die Spitzengruppe der Bezirke, wenn es um das Aufkommen von illegal im öffentlichen Raum entsorgten Sperrmüll und anderen Unrat geht. Viele Sperrmüllablagerungen werden schon gar nicht mehr an das Ordnungsamt gemeldet, um von der BSR entsorgt zu werden, da viele es inzwischen als Sisyphusarbeit empfinden. Die Lage wird verschärft durch die Corona-Pandemie, die anscheinend auch zur Folge hat, dass nicht nur das Bedürfnis zunimmt, Nahrung im Freien zu sich zunehmen, sondern auch die Fähigkeit abnimmt, den dabei anfallenden Verpackungsmüll in den dafür vorgesehen Behältern zu entsorgen. Gegen diese beschriebene „Unordnung“ sollte zuvorderst das Ordnungsamt eingesetzt und ggf. ertüchtigt werden. Gegen nachts heimlich vor die Tür gestellte Sofas und andere Möbel könnten kostenlose Sperrmüllabfahren helfen.

Das Bezirksamt steht aber selbst in der Pflicht, seine Anlagen in einen ordentlichen Zustand zu versetzen, damit die Menschen Respekt davor haben. So ist eine Erkenntnis der Broken-Windows-Theorie, dass Schäden und Müllansammlungen schnellstmöglich behoben und beseitigt werden müssen, damit keine neuen hinzukommen.

Die Kampagne „Schön wie wir“ mag gut gemeint sein, in Anbetracht der prekären Müll-Situation in Neukölln scheint sie jedoch nicht effektiv zu sein. Um zukünftig ein funktionierendes Präventionsinstrument zu haben, sollte die Kampagne deshalb zielgerichtet umstrukturiert werden.

Berlin-Neukölln, den 20.04.2021

Gr. FDP, Herr Leppek, Roland

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

**Abstimmungsverhalten:**

	SPD	CDU	Grüne	LINKE	AfD-NK	Gr.FDP	Damerau	Piehl
<b>JA</b>	<input type="checkbox"/>							
<b>NEIN</b>	<input type="checkbox"/>							
<b>ENTH.</b>	<input type="checkbox"/>							

**Ergebnis:**

- Einstimmig**  
 beschlossen mit Änderung  Kenntnis genommen  abgelehnt  gewählt  
 zurückgezogen  vertagt  gegenstandslos  
 überwiesen in den Ausschuss für \_\_\_\_\_ (federführend)  
 zusätzlich in den Ausschuss für \_\_\_\_\_  
 und in den Ausschuss für \_\_\_\_\_  
 beantwortet  schriftlich  
 BzBm/FinWi  BiSchuKuSport  JugGes  StadtSozBüD  UmNat